

Prof. Dr. Gesine Schwan

24. November 2019

Rede an der Technischen Universität Berlin anlässlich der Veranstaltung: **„Vom Traum einer gelungenen Gesellschaft. Nachdenken über sozialen Zusammenhalt“**

Wer träumt heute denn noch von einer gelungenen Gesellschaft? Sind das nicht Leute von gestern? Oder führen die Katastrophennachrichten, die wir täglich im Fernsehen oder in den Social Media erleben, doch zu dem Wunsch, eine bessere Zukunft zu gestalten? Zum Beispiel In einer Gesellschaft zu leben, in der es solidarischer zugeht als in unserer, in der die Bürgerinnen und Bürger füreinander einstehen, und einander nicht misstrauen müssen, weil sie sich im ständigen Wettbewerb gegeneinander bedrohen; in der sie nicht achtlos an Obdachlosen vorbeigehen, weil ein Euro in einem Plastikbecher auch nicht viel weiterhilft; in der sie nicht von der Sorge getrieben sind, selbst im Abseits zu landen, in der sie sich vielmehr auf Geselligkeit mit anderen freuen; in der ihr Beruf ein Auskommen, Zufriedenheit und Anerkennung verschafft; in der die Natur nicht missachtet und grenzenlos ausgebeutet, sondern als Gegenstand oder sogar als Partner behandelt wird, dessen Pflege Gemeinsamkeit stiftet. Ist dieser Traum langweilig oder attraktiv? Untergräbt er unsere individuelle Leistung oder belebt er sie durch die Vorstellung von einem gelungenen Leben in einer gelungenen Gesellschaft? Können wir Wissenschaftlerinnen und

Wissenschaftler sogar etwas tun für eine solche gelungene Gesellschaft?

Immerhin ist die Exzellenz-Auszeichnung in diesem Jahr an die drei Berliner Universitäten und die Charité für eine Kooperationsinitiative gegangen, nicht für ein hochgezüchtetes Wettbewerbsprojekt, das der individuellen Karriere dient. Das war für einige Gutachter verwirrend, aber es ist gelungen – ein riesiger Fortschritt! Und nun soll es thematisch sogar gleich um den sozialen Zusammenhalt gehen, also um mehr als einen Euro im Plastikbecher; um ein dringliches, wenn nicht gegenwärtig das dringlichste Thema auf unserem Planeten, denn ohne Zusammenhalt können wir auch das Klima nicht retten.

Wir hören seit Jahren öffentliche Klagen darüber, dass gerade in unseren westlichen Demokratien der soziale Zusammenhalt immer mehr verloren gegangen sei. Dabei wird oft nicht genau definiert, was das – idealiter – meint. Eher kritisiert man Situationen, in denen er nicht mehr besteht. Dann klingt immerhin an, welchen Mangel man beklagt und worauf er zurückgeführt wird.

*1. Was macht sozialen Zusammenhalt aus? Was unterminiert ihn?*

Eine typische Argumentationslinie ging vor etwa zwanzig Jahren in Deutschland so: Da Mütter immer häufiger erwerbstätig sind, können sie sich nicht mehr genügend um ihre Familien kümmern (was eigentlich ihre Aufgabe ist).

Dadurch leidet die Kernzelle des sozialen Zusammenhalts: die Familie als Ort, an dem für uns gesorgt wird. Schuld an dessen Verlust sind die Emanzipationswünsche der Frauen.

Verallgemeinert lautet diese Argumentation: Schuld an der Auflösung des sozialen Zusammenhalts ist ein Verfall der Werte und des Pflichtgefühls. Dieser Verfall stammt, so der Vorwurf, vor allem aus der Studentenbewegung 1968. Vorher – man weiß es nicht genau: nach dem zweiten Weltkrieg? in der Zeit des Nationalsozialismus? - gab es demnach einen guten sozialen Zusammenhalt. Die Studentenbewegung hat in dieser Vorstellung die Werte der Pflicht, der Pünktlichkeit, der Verlässlichkeit, des traditionellen Rollenverhältnisses in den Familien, der fraglosen Anerkennung von Autorität unterminiert, ohne die die Gesellschaft auseinanderfällt.

In der genannten Argumentation *beruht der soziale Zusammenhalt nicht auf materiellen oder sozialen Faktoren, sondern auf ideellen Wertüberzeugungen bzw. – gewohnheiten*, die aus einem prinzipiell autoritären Gesellschaftsentwurf stammen. Sie stehen im Gegensatz zu Grundüberzeugungen des politischen Liberalismus, die auf die gleiche Freiheit und das gleiche Recht aller Menschen zielen, sogar der Frauen, auf ein selbstbestimmtes Leben, auch auf sozialen Respekt und nicht auf unantastbare Autoritäten.

*Sozialwissenschaftliche Ansätze zur Erklärung des sozialen Zusammenhalts* oder von dessen Verlust nennen eher materielle, in der Regel *sozio-ökonomische Faktoren* (Einkommen, Arbeitsteilung, soziale Position: Beruf, Bildung,

Konfession, Macht) und *daraus entstehende Konflikte*, die die Menschen voneinander trennen. Sie prägen ihrerseits Weltsichten, z.B. die Gegenüberstellung: „Die da oben, und wir hier unten.“ Ein prägnanter Typ dieser Ansätze findet sich bei Karl Marx, der den sozialen Zusammenhalt in den Produktionsverhältnissen verankert sieht und den ideellen „Überbau“ daraus ableitet. Werteverfall würde in diesem theoretischen Rahmen die Erosion des sozialen Zusammenhalts nicht erklären, sondern aus ihm folgen.

Bei genauerem Hinsehen kann heute keine Erklärung mehr theoretisch zufriedenstellen, die von einer einlinigen Kausalität ausgeht. Vielmehr konstituiert eine Vielzahl von Gründen, die mit und gegeneinander wirken, den sozialen Zusammenhalt, der kein stabiler Dauerzustand auch kein selbstverständlicher Urzustand ist, sondern immer erneut aufgebracht werden muss.

*In den gegenwärtigen rechtsstaatlichen und freiheitlichen Demokratien* gehen wir allerdings davon aus, dass der soziale Zusammenhalt nicht aus Zwang resultieren kann, sondern freiwillig geschehen muss. Der gemeinsame Gehorsam von Gefängnisinsassen wäre kein Vorbild von solchem Zusammenhalt. Insofern spielt in dessen Definition die ideelle Dimension der Werte (*freiwillige Solidarität mit den anderen Menschen, Verantwortung für die Mitbürger und für das Gemeinwohl, Gerechtigkeitssinn, Vertrauensbeziehungen*) durchaus eine wichtige Rolle. Aber sie entstehen nicht als abgehobene Willensakte der einzelnen Personen oder aus

Furcht vor sozialer Ausgrenzung, sondern werden *durch materielle und soziale Bedingungen gestützt bzw. unterminiert*, was die letztlich freie Wertentscheidung nicht überflüssig macht. Materielle und soziale Bedingungen bleiben als Voraussetzungen für den sozialen Zusammenhalt also durchaus bedeutsam.

## *2. Gründe und Indizien für die gegenwärtige Erosion des sozialen Zusammenhalts*

Wenn man in der Gegenwart nach Gründen für einen schwindenden sozialen Zusammenhalt fragt, dann wird – *zusätzlich* zum oben angeführten „konservativen“ *Erklärungsmuster des Werteverfalls* – häufig die spätestens seit dem 19. Jahrhundert *zunehmende Individualisierung* genannt. Diese umfassende Entwicklung bezeichnet im Wesentlichen die Herauslösung der Individuen aus tradierten selbstverständlichen sozialen und kulturellen Zusammenhängen und Rollen, was über lange Zeit als Befreiung und Emanzipation wahrgenommen und erlebt worden ist. Die unverheiratete Kusine muss heute nicht mehr wie im 19. Jahrhundert unter das Versorgungsdach des unleidlichen Onkels schlüpfen, weil sie sich im eigenen Beruf, der ihr noch dazu Freude bereitet, selbst versorgen und entfalten kann.

Allerdings bedeutet der *Verlust an selbstverständlicher Gewohnheit* auch, dass *Zusammenhalt* im Sinne von bewusster Solidarität, nachbarschaftlicher Sorge, gesamtgesellschaftlicher Verantwortung *nun in eigenen freien*

*Entschlüssen aufgebracht werden muss.* Im Sozialstaat liberaler Demokratien entwickelten sich zwar Institutionalisierungen von Solidarität und Zusammenhalt etwa in den *Sozialversicherungen*, die ebenfalls zur Gewohnheit wurden, vor allem wenn die Generationen in der Abfolge für einander sorgen.

Im Zuge der ökonomischen und technologischen Globalisierung der letzten Jahrzehnte ist diese Institutionalisierung *allerdings immer brüchiger* geworden. Unter dem massiven Einfluss der Privatisierungspolitik und der Wettbewerbskultur des Neoliberalismus erodierten staatliche Versorgung und solidarische soziale Netze gravierend und für alle spürbar. Der große neoliberale Slogan hieß „Selbstverantwortung“, als ob Verantwortung nicht seit jeher das eigene Handeln eingeschlossen hätte. Gemeint war: Man solle sich nicht mehr auf wohlfahrtsstaatliche Leistungen verlassen. Darin liegt sicher ein entscheidender Grund für die zunehmende Wahrnehmung, dass der soziale Zusammenhalt, z.B. angesichts von immer mehr *Obdachlosen* im öffentlichen Raum, sich auflöst. Auf der anderen Seite der sozialen Polarisierung sind „*gated communities*“ der Wohlhabenden dafür ein Sinnbild.

Ein *weiteres Zeichen* für den Rückgang des sozialen Zusammenhalts können wir in der Aufwertung und neuerdings wieder für viele Bürgerinnen und Bürger *positiven Konnotation von Grenzen und Zäunen* ausmachen. Während sie zur Zeit der Berliner Mauer und der Gegnerschaft gegen den

Kommunismus in den liberalen Demokratien weltweit in schlechtem Ruf standen, plädieren heute im Kontext der technologischen und ökonomischen Globalisierung vor allem rechtspopulistische, aber neuerdings auch „linke“ Politikerinnen und Politiker erneut für die Schließung oder zumindest strikte Kontrolle von Grenzen. So sollen die Armen zu Hause gegen die noch Ärmeren von draußen geschützt werden gegen Flüchtlinge und Migranten, die als Konkurrenten der Armen zu Hause und als Ursache von deren Elend wahrgenommen bzw. öffentlich diffamiert werden.

*Sozialer Zusammenhalt* umfasst in diesem Verständnis nicht – wie Brüderlichkeit und später Solidarität aus dem Erbe der Französischen Revolution - potenziell alle Menschen, ist nicht inklusiv und universal gedacht, *sondern bezieht sich auf kleinere – nationale, kulturelle, regionale, religiöse - Gruppen und deren Binnenverhältnisse*. Um die Grenzen in der EU offen zu halten, müssen die Außengrenzen möglichst hermetisch geschlossen werden, so die aktuelle Devise der europäischen Flüchtlingspolitik. Prinzipiell ist einer solchen Dynamik der Verkleinerung der zusammen haltenden Gruppen und der Ausgrenzung derer, die nicht dazugehören sollen, ebenso wenig ein Ende gesetzt wie der vormaligen liberalen universellen Ausweitung des Freiheits- und Würdepostulats auf alle Menschen. *Die Dynamik der Ausgrenzung endet persönlich beim Individuum und politisch beim Führer/Diktator*. In einem solchen Verständnis erscheint dann die *cäsaristische Akklamation des Führers als Idealbild eines*

*sozialen Zusammenhalts zwischen homogenem Volk und charismatischem Führer.*

Diese Dynamiken und Logiken zu verfolgen ist keine überflüssige Gedankenspielerei, sondern erforderlich, wenn man heute praktische Wege sucht, einer bedauerlichen Erosion des sozialen Zusammenhalts in der prinzipiell universellen rechtsstaatlichen Demokratie entgegenzuwirken. Denn die vornehmlich „neoliberale“ Aushöhlung des sozialen Zusammenhalts hat die Sehnsucht nach einer Autorität begünstigt, unter der man sich wieder geborgen fühlen kann, da die heutige liberale Demokratie keinen sozialen Zusammenhalt und keine Sicherheit mehr zu gewähren scheint.

Es liegt deshalb nahe, die *neoliberale Politik und Kultur der vergangenen über dreißig Jahre*, die nicht nur in den Industriegesellschaften empirisch ganz offensichtlich die *Gegensätze zwischen arm und reich drastisch vergrößert* haben, für den gegenwärtigen Verlust des sozialen Zusammenhalts als *wichtige Ursachen* zu nennen. Sie haben große Unterschiede zwischen den demokratischen Macht- und Teilhabepotenzialen der Menschen mit sich gebracht und fördern das Unverständnis sowie den Mangel an Empathie zwischen den verschiedenen sozialen Gruppen, die inzwischen in ganz verschiedenen Welten leben.

Das setzt sich mittlerweile im *Bildungssystem* fort, wo entgegen zeitgenössischen, gerade auch von den Vereinten Nationen unterstützten theoretischen und politischen



Forderungen nach Inklusion in Deutschland eine *Tendenz zur frühen Segregation von Kindern, faktisch vielfach entsprechend ihrem Herkunftsmilieu* weiterbesteht. Die aufgekommene soziale Distanz beschädigt das Vertrauen ebenso wie die Kooperationsfähigkeit und –willigkeit der Eltern und ihrer Kinder aus unterschiedlichen Milieus, die im Alltag kaum noch etwas miteinander zu tun haben. *Die anderen werden zu Fremden*. Das gilt besonders dann, wenn die anderen als *Konkurrenten* auftreten oder wahrgenommen werden.

### *3. Chancengleichheit Voraussetzung, nicht Inhalt des sozialen Zusammenhalts*

Freilich wäre es naiv anzunehmen, dass eine Politik allein der Umverteilung und der Einebnung der materiellen bzw. finanziellen Ungleichheiten zu mehr sozialem Zusammenhalt führen würde. Man könnte sich sogar eine Form des Zusammenlebens denken, in der jeder gleich viel zur Verfügung hätte und sein Leben autark führen könnte. Ein Zusammenhalt käme so gerade nicht selbstverständlich zustande. Deshalb führt es in die Irre, wenn sozialer Zusammenhalt allein oder vornehmlich durch eine Einebnung faktischer materieller oder geistiger Ungleichheit angestrebt wird.

Damit würde sozialer Zusammenhalt überdies in einen Gegensatz zu sozialer Vielfalt gebracht, was ihn mit der Pluralität moderner Gesellschaften auf unserem bunten Planeten unvereinbar machte. Zugleich *würde Zusammenhalt auf Übereinstimmung reduziert* – mit einer Tendenz zur

potentiell totalitären Identität, ohne lebendige, freiheitliche und insofern notwendig unterschiedliche Beziehungen der Gesellschaftsmitglieder untereinander.

Deshalb ist es hilfreich, die Herstellung der Chancengleichheit und die Überwindung zerklüfteter Gesellschaften als Voraussetzung eines freiwilligen sozialen Zusammenhalts, der in rabiaten Ungleichheiten plausibler Weise nicht entstehen kann, zu unterscheiden von diesem Zusammenhalt selbst. Ohne eine Angleichung der Verhältnisse, so dass jeder die Chance zu einem Leben in Freiheit und Würde hat, können wir uns heute sozialen Zusammenhalt nicht vorstellen. Aber Chancengleichheit zwischen Individuen führt doch nicht selbstverständlich zu Zusammenhalt, ist schon gar nicht mit ihm identisch.

In der aktuellen Debatte, die inzwischen „Werteverlust“ und zunehmende Unterschiede innerhalb der Gesellschaften vor allem als Folge der Migration beklagt und die diesbezügliche Entwicklung der Moderne seit dem 19. Jahrhundert dahinter übersieht, ist es wichtig, über den kurzen Zeithorizont hinaus die säkulare Dimension dieser Herausforderung zu erkennen. Dabei gibt es wenig Grund, dem selbstverständlichen, in der Vergangenheit traditional vorgegebenen, also nicht bewusst gestalteten Zusammenhalt den Vorzug zu geben. Er ist einer *freiwilligen Verbundenheit und Solidarität in Vielfalt*, wie sie uns unter heutigen Bedingungen gelingen muss, keineswegs überlegen, im Gegenteil. Aber es ist wahr: Freiwillige

Verbundenheit aufzubringen ist schwieriger, als selbstverständlichen Gewohnheiten zu folgen.

#### *4. „Anstöße“ und Unterstützungen zu zwischenmenschlichem Zusammenhalt*

Da Zusammenhalt als innergesellschaftliche zwischenmenschliche Beziehung nicht einfach als Übereinstimmung atomisierter Individuen definiert werden kann und auch nicht „von allein“ zustande kommt, braucht es dafür offensichtlich Anstöße. Wie können Chancen oder Notwendigkeiten für Kooperation und gegenseitige Zuwendung oder das Bedürfnis nach ihnen gefördert werden? Vielfalt kann hier durchaus als Anreiz zur gegenseitigen Ergänzung wirken.

Der französische Soziologe Émile Durkheim sah im 19. Jahrhundert in der sich entwickelnden Arbeitsteilung im Unterschied zu herkömmlich-statischen und hierarchischen sozialen Zuordnungen eine Dynamik, die die Menschen voneinander trennte. Sie brauchte in seiner Sicht eine integrierende, z.B. moralische Gegendynamik, die ihr erfolgreich entgegenwirken konnte.

Der deutsche Philosoph Georg Wilhelm Friedrich Hegel deutete dagegen die bürgerliche Gesellschaft im Kapitalismus des beginnenden 19. Jahrhunderts als ein sog. System der Bedürfnisse, das gerade durch gegenseitige Abhängigkeit aufgrund dieser Bedürfnisse zusammengehalten würde. Freilich entspringt dieser Zusammenhalt dann nur

individuellem Zweckdenken, so dass „von selbst“ zwar gegenseitige instrumentelle Kooperationen, aber kein übergreifender, geschweige denn ein alle umfassender sozialer Zusammenhalt entsteht, wie die angelsächsische politische Theorie das annahm. Bei Hegel sollte dafür ein starker Staat sorgen. Wollen wir den heute? Oder wollen wir heute im Sinne eines strikt liberalen Individualismus ausschließlich individuelle Chancengleichheit gegen Ungleichheit?

Hier zeigt sich die Grenze soziologischer Analyse des sozialen Zusammenhalts, denn es geht ihr nicht um praktische Ziele, Orientierungen oder qualitative Einschätzungen. Sie sucht nicht nach Antworten auf die Frage, wie zu handeln oder zu entscheiden und welche Gesellschaft „dem Menschen“ angemessen also gelungen sei, sondern um die Untersuchung dessen, was ist oder geschieht. **Ob** ein sozialer Zusammenhalt überhaupt bestehen und welcher Art er gestaltet sein soll zwischen gemeinsamer Unterwerfung und einer Anarchie atomisierter Individuen, richtet sich als Frage an die Politikwissenschaft bzw. an die politische Philosophie.

##### *5. Von der politischen Soziologie zur Politischen Philosophie*

Wenn wir über individualistische Chancengleichheit hinausgehen und sozialen Zusammenhalt als Zeichen einer gelungenen Gesellschaft, ja sogar eines gelungenen Lebens begreifen wollen, dann brauchen wir dafür normative – politisch-philosophische - Begründungen; und für deren Umsetzung Anlässe und langfristige Unterstützung. Bei der

Schließung der letzten Zeche im Ruhrgebiet Ende 2018 haben viele darauf hingewiesen, wie das Leben unter Tage zur Solidarität anhielt und dass es nicht darauf ankam, ob der Kumpel, auf den man sich zum Überleben verlassen können musste, aus Bottrop oder aus Anatolien stammte. Diese Arbeitssituation ist ein historisch aussagekräftiges Beispiel dafür, wie die Arbeit eine Wertepaxis unterstützen kann. Eine Arbeitswelt, in der Menschen dagegen örtlich oder funktional isoliert voneinander arbeiten und leben und solche Isolation zur Gewohnheit wird, wird sozialen Zusammenhalt nicht stärken.

Deshalb können wir nicht mehr allein oder vorwiegend auf die Arbeitswelt als selbstverständliche oder „naturwüchsige“ Grundlage für sozialen Zusammenhalt rechnen. Gibt es andere Anlässe bzw. gemeinsame unterstützende Bedingungen, auf die wir zählen und die wir ausbauen können?

### *6. Sozialer Zusammenhalt durch kommunale politische Teilhabe*

Helfen kann hier eine Rehabilitierung von Politik. Wir müssen erkennen: Ohne Politik, d.h. ohne die Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger an der gemeinsamen Beratung von Entscheidungen, die für unser Zusammenleben unabdingbar und zugleich unter uns Bürgern umstritten sind, auf die wir uns aber mit verbindlicher Wirkung gemeinsamen festlegen müssen, verlieren wir den gemeinsamen Boden und

zwischenmenschlichen Bezug. Wir können private Freundschaften, Nachbarschaften, Clubs und Privilegien pflegen, aber keinen sozialen Zusammenhalt, der die gesamte Gesellschaft umfasste.

In der repräsentativen Demokratie und in großen Räumen ist dieser Bezug allerdings politisch auch nur mittelbar gegeben. Politik besteht auf dieser Ebene nach außen erkennbar überdies weitgehend aus Streit, was auf den ersten Blick Zusammenhalt nicht fördert. Wenn er freilich um die Inhalte und Begründungen der Entscheidungen geht, kann er durchaus verbinden. In der Pluralismus-Theorie Ernst Fraenkels, der nach dem Zweiten Weltkrieg am Otto-Suhr-Institut der FU lehrte, kann in der streitigen gesellschaftlichen Auseinandersetzung ein „Grundkonsens“ über die gemeinsamen und verbindenden Werte entstehen, indem sich der gemeinsame Boden herauskristallisiert, auf dem politische Konflikte im Einzelnen ausgetragen werden können

Diese Form der Politik in der gegenwärtigen repräsentativen Demokratie hat allerdings in den letzten Jahren in der Öffentlichkeit das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in einem beträchtlichen Maße verloren. Denn vor allem auf der auch medial nicht genau überschaubaren Ebene nationaler Politik überlagert inzwischen der Kampf um persönliche Macht die Auseinandersetzung um Inhalte so stark, dass ein Grundkonsens über gemeinsame Werte hier nicht mehr zustande kommt.

Deshalb bietet die überschaubare Ebene der Kommunen eine weitaus bessere Chance, das Gemeinsame auszuloten oder auch zu erstreiten. Nach Jahren der Auszehrung öffentlicher Güter und sozialer Infrastruktur zeigt sich hier inzwischen, insbesondere auf dem Lande und in der Peripherie gegenüber den Metropolen ein Mangel an Investitionen, der dringend behoben werden muss, wenn die Bürgerinnen und Bürger ihr Grundvertrauen in demokratische Politik nicht verlieren sollen, und das in ganz Europa. Denn die Demokratie verspricht Chancengleichheit, die aktuell nicht mehr besteht, ohne die sozialer Zusammenhalt aber eben nicht gelingt.

Ein viel versprechender Weg, die aktuellen Herausforderungen der gesellschaftlichen Zerklüftungen zu überwinden führt daher über eine demokratische Partizipation bei der Entwicklung der eigenen Lebenswelt in den Kommunen und hier insbesondere bei den Investitionen in öffentliche Güter, die wieder für eine bessere soziale Sicherheit und bei der Mobilität auch für bessere Verbindungen sorgen. Solche Teilhabe schafft Verständnis für die gegenseitigen Abhängigkeiten und verbindet nicht nur über die Diskussion unterschiedlicher Vorhaben und ihrer Vor- und Nachteile für unterschiedliche Gruppen der Gesellschaft. Sie fördert den Zusammenhalt auch durch die gemeinsame Identifikation mit der erarbeiteten Entwicklung der gemeinsamen Lebenswelt.

Wenn aktuell der Zusammenhalt für viele Bürger vor allem durch Flüchtlinge und Migranten gefährdet erscheint, weil sie, wenn sie aus ganz anderen kulturellen Kontexten kommen, die

Voraussetzungen eines normativen Grundkonsenses nicht erfüllen könnten, liegt die säkulare Herausforderung darin, die Kraft von Bürgerpartizipation für einen neuen sozialen Zusammenhalt unter der Bedingung von ökonomischer Globalisierung gerade auf diesem Feld zum Tragen zu bringen.

Denn Zusammenhalt in Vielfalt ist *die* globale Aufgabe der Zukunft für unser gesellschaftliches Zusammenleben. Die historische und sozialpsychologische Erfahrung lehrt, dass es Aufgaben und Verpflichtungen sind, die aber frei vereinbart werden müssen, nicht individuelle Ansprüche, die eine Gesellschaft zusammenhalten. Hier neue Wege zu gehen, die auf der durchaus alten Einsicht beruhen, dass klug gestaltete Teilhabe auch unter der Bedingung von Konflikten und starker Diversifizierung zusammenführt, erfordert Mut, Selbstvertrauen und Offenheit. Die brauchen wir, um uns den Traum vom sozialen Zusammenhalt in einer gelungenen Gesellschaft zu erfüllen.